

# EU-Länder sagen Nein zu Gentech-Pflanzen

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **54 (1999)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891808>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# EU-Länder sagen Nein zu Gentech-Pflanzen

**Österreich und Luxemburg** haben bereits 1997 einen Importstop gegen den Bt-Mais von Novartis verhängt (Grund: u.a. das Antibiotika-Resistenz-Gen im Mais).

**Frankreich:** Die französische Regierung beschliesst im Juni 1998 ein zweijähriges Moratorium für die (kommerzielle) Freisetzung von genmanipuliertem Raps und Zuckerrüben. Es wird befürchtet, dass genmanipulierter Pollen mit dem Wind auf andere Pflanzen übertragen werden kann.

Der Conseil d'Etat, das oberste französische Administrativgericht, suspendiert die Zulassung für den Bt-Mais von Novartis und geht vor den Europäischen Gerichtshof. Novartis hätte das Vorsorgeprinzip missachtet; insbesondere stelle das Antibiotika-Resistenz-Gen im Mais eine

Gefährdung für Tier und Mensch dar.

**England:** Am 21. Oktober 1998 erklärt die britische Regierung, dass in den nächsten drei Jahren keine insektenresistenten Pflanzen eingeführt werden: ein de-facto Moratorium für genmanipulierte Bt-Pflanzen (so wie zum Beispiel der Gentech-Mais von Novartis). Englands Umweltminister Michael Maecher begründet dieses freiwillige Moratorium: «Als erstes müssen wir dem weitverbreiteten öffentlichen Bedenken Rechnung tragen. Als zweites meldet die (staatlich unterstützte) Organisation 'English Nature' grosse Bedenken wegen möglichen Auswirkungen auf die Artenvielfalt an. Drittens aber braucht es mehr Zeit für die Forschung.»

**Griechenland:** Die Regierung

weigert sich, den von der EU-Kommission bewilligten Gentech-Raps in Griechenland einzuführen (Grund u.a.: Antibiotika-Resistenz-Gen im Raps).

**Dänemark:** Das Land will zukünftig keine genmanipulierten Pflanzen mehr zulassen, die eine Antibiotika-Resistenz enthalten.

Das *Umwelt-Komitee des Europaparlamentes* fordert die EU-Kommission in einem Brief vom 12. Oktober auf, ab sofort keine neuen Gentech-Produkte mehr zu bewilligen. Die EU-Kommission lehnt das Moratorium ab.

*Auch bei den Patenten regt sich der Widerstand:*

**Hollands** Regierung reicht gegen die Patentierung von Lebewesen beim Europäischen Gerichtshof

Klage ein. Sie wehrt sich damit gegen die EU-Patent-Richtlinie, die im Frühling 1998 verabschiedet wurde. Die Richtlinie öffnet der Patentierung der ganzen lebendigen Vielfalt Tür und Tor. Die **italienische** Regierung schliesst sich der Klage an.

Und ausserdem:

**Indien:** Landesweit wehren sich Bauernorganisationen gegen Freisetzungen von genmanipulierten Soja- und Baumwollpflanzen. Ein halbes Dutzend Felder wurden zerstört.

**Japan:** Mit mehreren Millionen Unterschriften wenden sich Konsumentenorganisationen gegen Gentech-Food und fordern zumindest eine klare Deklaration.

## Bedrohte Nahrung?

### 4. Mösberg-Gespräch vom 16./17. März 1999

Das Fragezeichen im Titel muss gestrichen werden. Unsere Nahrung ist bedroht, und dies in verschiedener Hinsicht. Gesellschaftliche Umwälzungen (z.B. die Berufstätigkeit der Frauen und eine veränderte Arbeitszeit und -platzsituation) verdrängen das gemeinsame Essen am Familientisch und die Zubereitung von frischen Lebensmitteln immer mehr zugunsten von stark verarbeiteten Fertigprodukten (Technofood, functional food). Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen für die Volksgesundheit und führt langfristig zu irreparablen Schäden und unbezahlbaren Kosten für die Familien und den Staat.

Dies ist das Fazit des Mösberg-Gesprächs vom vergangenen März, das Fachleute aus der Landwirtschaft, dem Handel, der Lebensmittelindustrie, des Bundesamtes für Gesundheit, der Ernährungsberatung und aus Konsumentenkreisen zusammengeführt hat.

Gesundheitsämter, Konsumentinnenorganisationen, Handel und Landwirtschaft sind eingeladen und aufgefordert, durch breit angelegte Aufklärungskampagnen und geeignete Vermarktungsstrukturen die Vorzüge naturbelassener Lebensmittel auf breiter Basis bekanntzumachen. Zielgruppen sind dabei vor

allem Kinder und Jugendliche sowie die Gemeinschaftsverpflegung. Es darf nicht soweit kommen, dass die Landwirtschaft zur Rohstofflieferantin für eine Hightech-Verarbeitung degradiert wird. Nur lebendige Nahrung kann Gesundheit vermitteln und Leben erhalten.

\* \* \*

Soweit der Presstext, der nach dem 4. Mösberg-Gespräch das Ergebnis auf einen kurzen Nenner gebracht hat. Die Sorge um unser täglich Brot im buchstäblichen Sinn des Wortes ist nicht unbegründet. Es nützt jedoch wenig, unbefriedigende Zustän-

de zu beklagen. Nur beharrlicher Einsatz für das Bessere kann diesem zum Durchbruch verhelfen. So hinterliess denn auch der Vortrag von Florianne Koechlin eine mutmachende Stimmung bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung. Eine verlorene 'Schlacht' (hier am Beispiel der Abstimmung über dieenschutz-Initiative) heisst noch lange nicht, dass auch der 'Krieg' verloren ist, wenn der Einsatz für ein erstrebenswertes Ziel engagiert und glaubwürdig ist. Der nebenstehende Text von Florianne Koechlin ist ein Beispiel dafür.